Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 27. Januar 1881. Nr. 44.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom 26. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: von Puttkamer und zwei Kommissarien.

Tagesordnung:

Erste und zweite Berathung des Antrages Windthorst auf Annahme eines Gesetzentwurfs betreffend die Straffreiheit des Sakramentspendens und des Messelesens.

Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. von Rauchhaupt, unterstützt von den Konservativen und Freikonservativen, vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, in Erwägung:

daß die baldige Beendigung des kirchenpolitischen Streites ein dringendes Bedürfniß für den Frieden und die gesunde Entwickelung des Staates wie der Kirche ist, daß insbesondere die Beseitigung des Nothstandes, in welchem viele katholische Gemeinden durch den Mangel einer geordneten Seelsorge sich befinden, allen Ernstes anzustreben ist; in Erwägung jedoch, daß der Antrag des Abg. Dr. Windthorst im Falle seiner Annahme die Gefahr nicht ausschließt, daß damit eine Quelle weiterer Verwicklungen zwischen Staat und Kirche geschaffen und der erwünschte Frieden zwischen beiden mehr gefährdet als gefördert würde; in endlicher Erwägung,

daß die weitere Verfolgung des von der königlichen Staatsregierung in dem Gesetzentwurfe vom 14. Mai 1880 betretenen Weges zur Zeit am meisten geeignet erscheint, ein friedliches Verhältniß zwischen Staat und Kirche wieder anzubahnen,

über den Antrag des Abg. Dr. Windthorst zur Tagesordnung überzugehen.

Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Abg. Dr. Windthorst: M. H.! Ich erscheine heute vor Ihnen nicht mit irgend welcher Absicht des Streites, ich komme in eminent friedlichem Sinne, um Namens der ganzen katholischen Bevölkerung dieser Monarchie an Sie die Bitte zu richten, für Ihre katholischen Mitbürger in den Pfarreien, welche ganz oder theilweise verwaist sind, eine Maßregel zu genehmigen, welche geeignet ist, den dringendsten Nothständen auf diesem Gebiete abzuhelfen. Ich verlange in dem gegenwärtigen Augenblicke keine Aufhebung der Maigesetze, keine Veränderung derselben, die von mir beantragte Maßregel ist lediglich eine durch die Noth gebotene provisorische, temporäre; das ganze System der Maigesetzgebung bleibt dadurch vollständig unberührt. Der Antrag verlangt für die Spendung der Sakramente und für die Dgrbringung des heiligen Meßopfers Straflosigkeit. Der Antrag verlangt nichts mehr als die freie Religionsübung für Jedermann, er verlangt nicht mehr, aber auch nicht weniger. Man hat durch die Strafbestimmungen einen Zwang ausüben wollen, um in die inneren Verhältnisse der Kirche einzugreifen. Wir haben seit dem Bestehen der Maigesetze eine Reihe von Bestrafungen gegen Personen, deren ganzes Vergehen darin bestand, daß sie die von mir erwähnten heiligen Handlungen verrichtet haben. Diese Strafbestimmungen wünsche ich zur Zeit mit meinem Antrage zu beseitigen. Dieses zu verlangen glaube ich ein Recht zu haben, weil es unter allen Umständen unzulässig ist, eine an sich ehrenwerthe Handlung zum Objekte einer Strafbestimmung, zum Thatbestande eines Verbrechens zu stempeln. Ein derartiges Stempeln kirchlicher Handlungen zu Verbrechen ist unter allen Umständen an sich unzulässig, dafür hat die parlamentarische Sprache keinen zutreffenden Ausdruck. Es widerstreitet ein solches Vorgehen gegen die Anforderungen der Gewissensfreiheit und der freien Religionsübung. Die Gewissensfreiheit und die freie Religionsübung haben ihre erste Basis in dem Naturrecht. Die Aufgabe der Kirche besteht darin, vorzubereiten auf die Ewigkeit: alles Andere ist äußerlicher Natur; daraus folgt mit Nothwendigkeit, daß die Staatsgewalt in den freien Gebrauch der Gewissensfreiheit nicht eingreifen darf. Zu allen Zeiten ist die Gewährung der Gewissensfreiheit das erste Zeichen einer zivilisirten Nation gewesen. Auf dieser Grundlage hat sich dieselbe weiter entwickelt in den volks- und staatsrechtlichen Grundsätzen. Endlich aber verweise ich Sie auf die klare Bestimmung der Verfassung im Art. 12, welcher unverändert in seiner vollen Kraft besteht. Auch darin ist die Gewissensfreiheit, die private und öffentliche Gottesverehrung vollkommen gesichert. Wenn man die erste Hauptbedingung des Gottesdienstes christlicher Kirchen aus irgend welchem Grunde mit Strafe bedroht, dann verstößt man gegen diese Grundsätze und gegen die Versprechungen, welche vom Throne herab verheißen wurden. (Sehr wahr! im Centrum; Widerspruch links.) Man sagt uns, Ihr könnt ja diese Zustände leicht abändern, wenn Ihr der Anzeigepflicht genügt oder den Maigesetzen Euch unterwerfet. — Glauben Sie denn, daß die katholische Kirche und die Katholiken im Allgemeinen diese langen Kämpfe gekämpft, daß sie allen den schweren Bedrängnissen sich ausgesetzt hätten, wenn dies so leicht wäre, wie Sie glauben? Die Maigesetzgebung ist in ihrem System in der That nichts Anderes, als der Versuch, die katholische Kirche und die katholische Religion entweder zu vernichten oder, was noch schlimmer ist, zu fälschen. Wenn Sie uns zur Abhilfe des Nothstandes darauf verweisen, dann verlangen Sie das Unmögliche. Redner erinnert daran, daß Staat und Kirche in gegenwärtiger Zeit gemeinschaftlich wetteifern sollten, dem Volke die Religion zu erhalten; ohne dieselbe würden die Throne zusammenstürzen. Seien Sie versichert, daß die katholische Bevölkerung Preußens heute auf die Verhandlungen dieses Hauses sieht; Millionen haben den dringenden Wunsch, daß dieser Antrag angenommen werde, damit wieder ein erträglicher Zustand herbeigeführt werde. Nehmen Sie diesen Antrag an, dann wird Ihr Beschluß in weiten Kreisen wirken wie die wohlthuende Wärme der Sonne in einer Winterlandschaft; er wird die von starkem Frost erstarrten Herzen wieder erwärmen und das katholische Volk Preußens wird den Landesherrn segnen und die Regierung beglückwünschen, die ein solches Gesetz gegeben in so schwerer Zeit. Lehnen Sie meinen Antrag ab, dann wird die Verantwortlichkeit dafür auf Sie fallen. Ich spreche nur für den Frieden. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

In der General-Diskussion nimmt das Wort zunächst

Kultusminister v. Puttkamer: Derselbe wirft zunächst die Frage auf, wie es möglich gewesen, daß der Antragsteller denselben Antrag, welcher vor kaum einem halben Jahre das Haus in eingehender Weise beschäftigt hat und welcher damals sowohl von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, wie von der Regierung zurückgewiesen wurde, nach solchem Verlaufe wieder einbringen konnte. Er glaube, sein politischer Scharfblick hätte ihm doch sagen müssen, daß, wenn er es für nöthig hält, jetzt nach so kurzer Zeit die Regierung wieder vor eine so schwere Frage zu stellen, er dann wenigstens verpflichtet gewesen wäre, neue Gesichtspunkte hier beizubringen. Der Antragsteller hat am Anfange seiner Rede seine friedliche Absicht betont; er (der Minister) sei nicht berechtigt, hieran zu zweifeln, wenn der Redner aber daran den Appell knüpft an das Haus und die Regierung, auch ihrerseits sich mit ihm zur Herbeiführung des Friedens zu vereinigen, so werde er abwarten, welchen Eindruck dieser Appell auf das Haus machen werde. Was die Regierung betrifft, so habe ich zu erklären, daß, nachdem vor einem halben Jahre die hier in Betracht kommenden Gesichtspunkte erörtert worden sind, nachdem ich im Voraus angekündigt habe, daß die Regierung auf eine nochmalige Erörterung dieser Frage nicht eingehen kann, mir nicht zugemuthet werden kann, in diesem Augenblick nochmals in eine erschöpfende Diskussion mit dem Antragsteller einzutreten. Ich werde abwarten, ob das Haus, wie ich nicht voraussetze, den Antrag annehmen werde; sollte dies der Fall sein, dann werde ich Gelegenheit haben, auf die Erörterung aller Gesichtspunkte nochmals einzugehen. Damit würde ich meinen Antheil an der Diskussion schließen können, wenn mich nicht die Ausführungen des Herrn Dr. Windthorst veranlaßten, auf einen Gesichtspunkt zurückzukommen: nämlich auf die Frage wegen Beseitigung des dringenden Nothstandes in vielen Gemeinden der katholischen Kirche. Die Regierung hat sich nach Beschlußfassung über das sogenannte Juligesetz die Frage vorgelegt, ob sie ein derartig verstümmeltes Gesetz annehmen kann. Es haben längere Erwägungen darüber stattgefunden; die Regierung hat sich zur Annahme des Gesetzes lediglich entschlossen, weil sie den Artikel 5 nicht verlieren wollte, um auf dem Boden der Praxis eine Milderung der bestehenden Zustände herbeizuführen. Mir steht statistisches Material zu Gebote, welches mich zu der Annahme berechtigt, daß der Nothstand in dem von dem Vorredner behaupteten Umfange nicht vorhanden ist. Die Gesammtzahl der katholischen Pfarreien beträgt in Preußen 4604 mit rund 8,800,000 katholischen Seelen. Davon sind allerdings nicht mehr ordnungsmäßig mit Pfarrern besetzt 1103 mit rund 2,085,000 Seelen. Dieser Zustand hat sich seit einem halben Jahre um etwas verschlimmert. Durch den Artikel 5 des Juligesetzes ist diesem Zustande in dem allereminentesten Sinne Abhülfe verschafft. Ueber 1,900,000 Seelen in 953 Pfarreien haben durch die Dazwischenkunft der Gesetzgebung eine regelmäßige Seelsorge wieder erhalten. Ohne regelmäßige Seelsorge, die aber von Zeit zu Zeit erfolgt, bleiben noch bestehen 150 Pfarreien mit 170,000 Seelen, so daß also in diesem Augenblick als nicht regelmäßig versorgt 3 Prozent Pfarreien und 2 Prozent der Seelen vorhanden sind. Ich bin weit entfernt, dies als etwas Zufriedenstellendes zu bezeichnen; die Regierung hatte den lebhaften Wunsch, allen katholischen Seelen regelmäßige Seelsorge zu verschaffen, aber wenn ich bedenke, daß Herr Windthorst darauf hingewiesen, daß die katholische Bevölkerung sich im dringendsten Nothstande befindet, so muß ich doch sagen, man schadet dem Interesse seiner Sache, wenn man übertreibt. Herr Windthorst hat nicht den Beweis für seine Behauptung erbringen können. Allerdings erkenne ich gerne an, daß, wenn der gegenwärtige Zustand fortdauert, sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr trüber gestalten müssen. Aber ich muß doch betonen, die Beseitigung dieses Zustandes liegt nicht in dem ununterbrochenen Sturmlauf gegen unsere Gesetzgebung. (Sehr richtig! rechts.) Das Gesetz vom 14. Juli v. Js. hat die Möglichkeit geschaffen zur Anbahnung eines Ausgleiches. Lassen Sie mich den Wunsch aussprechen, daß die gesetzlichen Mittel nicht unbenutzt bleiben. Der Entschluß dazu dürfte allerdings von derjenigen Seite ausgehen, in deren Händen die Entscheidung über das Schicksal der katholischen Kirche liegt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Wirkungen des Art. 5 sich in so günstiger Weise gestaltet haben. Es sei dies um so erfreulicher für ihn, als dieser Artikel erst auf den Antrag des Hauses gegen den Willen des Centrums in das Gesetz gelangt ist. Wenn der Kultusminister die Frage aufgeworfen, weshalb der Abg. Windthorst diesen Antrag wiederholt, so begreife er (Redner) sehr wohl, aus welchen Gründen er das gethan hat. Die Bewegung der Massen in dem schweren und ernsten Kampfe zwischen Kirche und Staat bedürfe der Anregung, welche ihr durch die Erörterungen in diesem Hause immer von Neuem gegeben wird. Diese Bewegung zu erhalten, liegt in ihrem Interesse. Was den Antrag der Konservativen anlange, so sei derselbe ihn für unannehmbar. Die beiden ersten Forderungen seien unklar, weil ein Moment fehlt, welches bei Hervorhebung dieser Gründe sehr wesentlich gewesen wäre: die Hinweisung auf das non possumus und das Hervorheben des Entgegenkommens der preußischen Regierung. Der preußische Staat kann ebensowenig wie die übrigen europäischen Staaten davon abgehen, daß er die Verwaltung und die Ausführung der Gesetze in der Hand behalte. Der Versuch der Versöhnung muß von Denen ausgehen, in deren Händen die Herrschaft der katholischen Kirche ruht. Der Kulturkampf ist dem Staate aufgedrungen (Unruhe im Centrum), Geistliche, welche durch richterliche Entscheidung abgesetzt sind, können auf diesem Umwege nicht zu den hauptsächlichsten Funktionen zugelassen werden. (Lärm im Centrum.) Preußen kann sich nicht den Forderungen der Kurie unterwerfen. Erst wenn von dort aus Versöhnlichkeit und Bereitwilligkeit gezeigt wird, läßt sich der auch für den Staat gefährliche Kampf beilegen. Die Verhandlungen in Wien und der Brief an den Bischof Melchers hätten nur gezeigt, daß die Kurie Alles verlange, aber nichts Ernstes biete. Welche Perspektive eröffnet sich aber, wenn der Windthorst'sche Antrag angenommen werde? Das werde die erste Etappe zum Siege der Kirche über den Staat. Dadurch wären die Maigesetze funditus aufgehoben. Das ist aber kein Zeichen von Friedensbedürfniß seitens des Centrum's; denn die Forderungen der Kurie würden stets steigen. Selbst nach Aufhebung der Maigesetze würden jene Forderungen nicht schweigen. Wir haben den Kampf nicht acht Jahre lang geführt, um jetzt zu Kreuze zu kriechen. Der Staat braucht nur noch kurze Zeit den Kampf auszuhalten, dann wird er bei der Schwäche der Gegenpartei siegen. Die Wurzel des Kampfes liegt in der Aufrichtung eines evangelischen Kaiserthums in Deutschland. (Lärm im Centrum, Rufe: Nicht wahr, Beifall und Zischen im Centrum.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Die letzte Behauptung des Abg. v. Bennigsen ist geeignet, gegen uns die Leidenschaften zu erregen. Das spricht gegen die historische Wahrheit und ich verlange den Beweis von jenem Herrn. Der Nothstand ist im Steigen und deshalb unser Antrag stets zu wiederholen. Das Centrum hat für Art. 5 des Juligesetzes gestimmt, aber gegen das ganze Gesetz. Das Bedürfniß nach Seelsorge ist sehr verschieden. Die Statistik des Abg. Windthorst ist mir maßgebender, als die des Herrn Ministers. Ehe wir die Felonie begehen, an den Papst die Bitte zu richten: Zerschlage Du selbst die Kirche, — wollen wir lieber Alles dulden. Die Härte, mit der der Kampf geführt wird, regt die Masse mehr auf, als unsere Anträge. Das Messelesen gehört zur Religion (zu Dr. Petri: Zu der Ihren nicht! Ich weiß es.) Die Katholiken allein genießen nicht die Wohlthat der Verfassung, der Gleichberechtigung aller Religionen. Die Omnipotenz des alten heidnischen römischen Staates oder die Schreckensregierung in Frankreich von 1793 kenne nur solchen ausgedehnten Staatsbetrieb. Das Centrum sei stark genug zur Wiederholung des alten Kulturkampfes, nicht so die Nationalliberalen. Sie seien die Dekomposition für die liberale und auch für die konservative Partei. Das Ministerium Puttkamer sei gegen das Ministerium Falk thatsächlich derselbe Faden, wenn auch eine andere Nummer. Die Liberalen betrachten den Kulturkampf auch als Kampf gegen die evangelische Orthodoxie und schließlich gegen die Religion überhaupt. Die Schuld an der Fortdauer des Kampfes liegt am Reichskanzler, aber das Centrum sei zu Unterhandlungen nicht legitimirt. Beim Abbruch der letzten Verhandlungen wurde vom Centrum unbedingte Heeresfolge verlangt. (Sehr wahr! im Centrum.) Wenn der Staat und Rom sich verträgt, folgt das Centrum von selbst Was 1870 bis 1871 erreicht worden ist, wird durch den Kulturkampf in Frage gestellt. Neben dem verfehlten Wunsch nach Errichtung einer Staatskirche hat der Kulturkampf dazu gedient, die Parteien unter einander zu kegeln. Der Revers des Kulturkampfes ist die Judenfrage. Männer, die im Kriege das eiserne Kreuz erworben hatten, wurden über die Grenze gebracht. Wo waren damals die Interpellationen 2c. Die Katholikenverfolgung ist eine Schmach für die deutsche Nation. Eine christlich-konservative Regierung muß auch die Katholiken schützen, am Gegentheil muß eine konservative Regierung zu Grunde gehen. Wie will der Staat die sozialen Fragen lösen bei Fortdauer des Kulturkampfes? Nehmen Sie unsern Antrag an. (Bravo und Zischen.)

Abg. Schmidt (Sagan) erinnert bezüglich des evangelischen Kaiserthums an das Steinchen, welches ins Rollen gebracht werden sollte. Der Grund zur erneuten Einbringung des Antrages Windthorst sei der vom Centrum nicht gedachte gute Eindruck, den das Juligesetz im Volke gemacht habe. Im Uebrigen schließt sich Redner für sich und seine Partei den Ausführungen des Abg. von Bennigsen an.

Abg. Holz (spricht vom Platze des im Hause nicht anwesenden Herrn v. Rauchhaupt) präzisirt den Standpunkt der Konservativen und den Antrag Rauchhaupt auf motivirte Tagesordnung. Durch den Antrag Windthorst würde das Band, welches jetzt noch zwischen Staat und Kirche existirt, gänzlich zerrissen werden. Wir suchen den Frieden auf dem Boden der Thatsachen, der Wunsch nach Frieden sei ein Gemeingut des ganzen Volkes geworden.

Abg. v. Stablewski spricht dem Gesetze

om Juli die praktische Bedeutung ab und hält das Vorhandensein eines Nothstandes aufrecht, für welchen er einzelne Beispiele anführt. Er legt eine Karte der Provinz Posen vor, worin er die verwaisten Pfarreien bezeichnet hat.

Abg. Dr. Virchow: Die Handhabung der Gesetze müsse von dem Gesetze selbst unterschieden werden, gegen eine zu strenge Handhabung würde ein Rekurs an den Minister gewiß von Erfolg sein, der ja sehr bereit sei, den Wünschen des Centrums nachzugeben. Seine Partei habe nie ganz den Standpunkt der Maigesetzgebung getheilt; diese habe sich nie von dem Ausspruche des Landrechts entfernen können, daß der Priester zugleich Beamter des Staates und der Kirche sei, während seine Partei eine vollständige Trennung habe herbeiführen wollen. Die Tagesordnung der Konservativen könne er nicht empfehlen, da die Erwägungsgründe nicht zuträfen. Dieselbe sei auch schlechter stylisirt als der bekannte Antrag v. Minnigerode; dieser sei sorgfältiger gefaßt. Es gäbe nur zwei Wege, entweder das ganze Strafgesetz wird aufgehoben oder es bleibt bestehen, einzelne Bestimmungen könne man nicht ändern.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt der Abg. v. Minnigerode: Wenn dem Abg. Virchow die Stylisirung des Antrags Minnigerode besser gefalle als die des Antrags Rauchhaupt, so habe der Abg. Virchow doch versucht, denselben verbessern zu wollen, und da müsse er (Redner) mit Bräsig sagen: „Korl, im Styl warst Du mir immer über!" (Große Heiterkeit.)

Als Antragsteller führt der Abg. Dr. Windthorst in seinem Schlußworte aus, er habe in seiner Eingangsrede doch eine so große Anzahl neuer Motive vorgebracht, daß sich die Wiederaufnahme des früheren Antrags wohl rechtfertige; derselbe werde wiederkommen, so oft es die Geschäftsordnung gestatte. Seine Statistik sei richtiger als die ministerielle, da sie von Leuten aufgestellt sei, die die Verhältnisse besser beurtheilen können als die Unterbeamten und besser wüßten, was geregelte Seelsorge sei. Uebrigens sei es schon sehr schlimm, wenn auch nur 2% der katholischen Staatsbürger ohne Seelsorge seien; die Zahl sei jedoch viel größer. Mit dem Fortgange der besseren Ueberzeugung, die sich in der heutigen Debatte kundgegeben, sei er sehr zufrieden; er habe eine werthvolle einstimmige Erklärung der Konservativen bekommen; selbst der Abg. v. Bennigsen habe das Friedensbedürfniß anerkannt und auch der Abg. Virchow einige freundliche Punkte hervorgehoben, letztere wohl nicht aus Freundschaft für das Centrum, sondern weil es anfinge, in seiner Nähe unheimlich zu werden. (Große Heiterkeit.) Auch die Erklärung des Herrn Ministers klinge freundlicher als die beim Kultusetat abgegebene, wo derselbe mit verschränkten Armen habe zusehen wollen. Herrn v. Bennigsen gegenüber habe er zu sagen, daß er (Redner) warten gelernt habe auf den Erfolg; mit dem bisherigen Erfolge wolle er schon ganz zufrieden sein, da schon ein Mitglied der Linken (v. Helldorf) den Standpunkt des wahren Liberalismus, wie er in der Paulskirche geltend gewesen, wieder vertreten habe. Wenn man sich vor der Agitationskraft seines Antrags fürchte, so solle man ihn doch annehmen, agitatorisch könne derselbe nur wirken, wenn er abgelehnt würde. Der Abg. von Bennigsen täusche sich sehr, wenn er glaube, man sei in Rom müde und werde bald Frieden machen. Die römische Kirche habe stets gekämpft und müsse kämpfen, weil sie eine unverrückbare Wahrheit vertrete. Es sei ja möglich, daß der Kampf lange dauern könne wie in England und man könne sich in Deutschland leicht ein zweites Irland schaffen. Ein evangelisches deutsches Kaiserthum gebe es nicht, sondern wir hätten einen ehrwürdigen deutschen Kaiser evangelischer Konfession. Uebrigens sei der Gedanke eines deutschen Kaiserthums, wie es jetzt bestehe, zuerst vom Centrum ausgesprochen. (Ruf: Gotha, Nationalverein!) Der Nationalverein war eine vagabondirende Vereinigung und keine Volksvertretung. (Ungeheure Heiterkeit.) Der Abg. Virchow habe nie positive Gedanken über kirchliche Fragen vorzubringen, sondern stets nur subjektive Anschauungen. Derselbe leide auch an der allgemeinen Professorenkrankheit, die in Deutschland sich stets in Gegensatz zu Allem setze, was katholisch, ja, man möchte sagen, christlich-gläubig sei. Die ganze Maigesetzgebung sei von Professoren und Professorengenossen gemacht, letztere seien noch schlimmer, denn die Kopie sei stets schlechter als das Original. Merkwürdig sei es aber doch, daß die Leute, die stets die Devise „gleiches Recht für Alle" im Munde führen, den Katholiken das Recht der Gewissensfreiheit nicht einräumen wollen. Besonders freue ihn, daß die Resolution der Konservativen einstimmig von der Fraktion angenommen worden sei, da er die Schwierigkeit kenne, die ganze Fraktion für eine solche Resolution zu gewinnen; zwar habe er von persönlichen Aeußerungen des Abg. Stöcker vernommen, die den Letzteren nicht so ganz auf dem Boden dieser Resolution stehen ließen. Eigentlich hätten die beiden ersten Sätze derselben nothwendig zur Annahme des Centrumsantrages führen müssen. Dieser letztere wolle nur mildern, bis es gelinge, den Frieden herbeizuführen. Das Centrum sei bereit, an diesem schwierigen Friedenswerke mitzuarbeiten, vorläufig aber solle man seinen Antrag annehmen, damit nicht das Volk glaube, daß eine protestantische Majorität in Preußen eine katholische Minorität unterdrücke.

In persönlicher Bemerkung konstatirt Abg. Stöcker, daß er voll auf dem Boden der vorgeschlagenen Resolution stehe; er hoffe, morgen zeigen zu können, daß er bereit sei, zur Beseitigung dieses Nothstandes der katholischen Kirche mitzuwirken.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen und es wird die Spezialdiskussion auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. Januar. Die erste Versammlung des Vereins deutscher Studenten fand gestern mit Betheiligung zahlreicher Gäste im Reichshallensaal statt. Es wurde u. A. auch wieder die Judenfrage behandelt. Vor Beginn der „Kneiptafel" wurden eingelaufene Telegramme unter gewaltigem Beifall verlesen:

1) „die deutschen Studenten Kiels reiben soeben einen donnernden Salamander auf ihre deutschen Kommilitonen in Berlin";
2) aus Leipzig: „Deutscher Gruß deutschen Brüdern! Gott mit Euch zu Deutschlands Heil! Hoch sein Kaiser! Hoch sein Kanzler"!

Mit dreimaligem donnernden Hurrah aber wurde eine Depesche Sr. Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers begrüßt. An Seine Durchlaucht war bei Beginn der Sitzung durch stud. jur. von Schramm im Namen des Vereins folgendes Telegramm abgeschickt worden:

„Euer Durchlaucht sendet der Verein deutscher Studenten an seinem Stiftungsfeste ehrfurchtsvollen Gruß Das Ziel des Vereins ist, nationale Gesinnung und Einigkeit unter den deutschen Studenten zu fördern, sein erstes Gebot: Treue Hingabe an Kaiser und Vaterland."

Die an den Vorsitzenden adressirte Antwort Sr. Durchlaucht lautet:

„Ich danke dem Verein deutscher Studenten für seinen freundlichen Gruß und für die Zusage seiner Mitarbeit an Förderung der nationalen Einigkeit in Treue für Kaiser und Vaterland.

v. Bismarck."

Ausland.

Wien, 26. Januar. Ministerpräsident Taaffe empfing heute eine Bauern-Deputation, welche um Erleichterung der Grundsteuer bat. Die hierbei gewechselten Reden sind überaus bezeichnend für den Charakter der Bauernbewegung, auf welche die Liberalen so große Hoffnungen setzten. Die Bauern dankten dem Minister wiederholt für sein in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses entwickeltes Agrar-Programm und erklärten ferner, die Bauernschaft habe nur noch Vertrauen zum Kaiser und zur Regierung, von anderer Seite erwarte sie keine Hilfe. Die Regierung möge ihre Hand nicht von der Bauernschaft abziehen. Morgen wird die Deputation eine Audienz beim Kaiser haben. Der Ministerpräsident sagte der Deputation, sie solle Alles dem Kaiser sagen. Eine andere Deputation in gleicher Angelegenheit traf unmittelbar darauf ein. Es kommen überhaupt fast täglich Bauerndeputationen an. Alle bekunden, daß die Regierung es verstanden habe, die ganze Bauernbewegung, welche Andere anfachten, dem eigenen Zweck entsprechend zu lenken.

Die Thatsache, daß gestern das von dem italienischen Botschafter Robillant gegebene Ballfest nicht blos von Ministern und Generälen, sondern auch von mehreren Mitgliedern des Kaiserhauses besucht war, wird als Beweis dafür betrachtet, daß die neuesten Agitationen der Irredentisten die guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien in keiner Weise beeinflußten.

Paris, 26. Januar. Hier ist das Gerücht von einer bedenklichen Erkrankung des Papstes verbreitet.

Paris, 26. Januar. Die antiliberalen Neigungen der Regierung betreffend die Preßvorlage erfuhren gestern in der Kammer mehrfache Zurückweisung. Die vom Justizminister Cazot verlangten einschränkenden Maßregeln gegen die Kolportage fielen, ebenso die Art Zensur, die Cazot gegen die auswärtige Presse beibehalten wollte. Endlich setzte Floquet es durch, daß sein Amendement, welches Abschaffung spezieller Preßvergehen und die Stellung der Presse unter das gemeine Recht verlangt, an eine Kommission gewiesen wurde, so daß dasselbe morgen nochmals zur Verhandlung kommt. Es wird dabei voraussichtlich heiß zugehen.

Die Linke beschloß, auf ihre Kosten Gambetta's „Thronrede" als Broschüre herauszugeben und zu verbreiten.

Trinquet wurde heute von der Enquete-Kommission über das Strafsystem in Neukaledonien vernommen.

Gortschakoff wird im nächsten Herbst angeblich in Paris bei seinem Sohne ständigen Aufenthalt nehmen.

Provinzielles.

Stettin, 27. Januar. Nach einem Spezialerlaß des Ministers des Innern, des Finanz-Ministers und des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten vom 10. Dezember v. J. gehört Derjenige, welcher außerhalb seines Wohnorts ohne vorgängige Bestellung Tanzunterricht ertheilt, nicht zu den unter Nr. 4 des § 55 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 bezeichneten Gewerbetreibenden, welche verpflichtet sind, einen Legitimationsschein für den Gewerbebetrieb im Umherziehen nachzusuchen.

— Schon wieder haben wir einen durch Einathmen von Kohlendunst entstandenen Unglücksfall zu berichten, doch ist derselbe diesmal nicht durch zu frühes Schließen der Ofenklappe hervorgerufen, sondern wahrscheinlich dadurch entstanden, daß der Ofen keinen Zug hatte. Die Lastadie Nr. 31 wohnhafte Wittwe Oestreich und der Schachtmeister Damerius aus Christinenberg wurden heute Morgen in der Oestreich'schen Wohnung, auf Matratzen liegend, stark röchelnd und ohne Besinnung aufgefunden. Der sofort zur Stelle gerufene Arzt nahm bei beiden Personen einen Aderlaß vor und wurden dieselben dann nach dem Krankenhause geschafft. Eine sofort vorgenommene Revision des Ofens ergab, daß die Klappe geöffnet und außerdem noch durch Umwickeln von Lumpen eine Vorkehrung zum festeren Schließen derselben getroffen war, jedoch entströmten aus der Thür des Ofens noch bedeutende Dünste.

— Der Schneider Reinhold Sommer hat sich am 20. d. Mts. mit dem Bemerken, daß er eine Nähmaschine verkaufen wolle, aus seiner Rosengarten 53 belegenen Wohnung entfernt und ist bis jetzt nicht dorthin zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, daß demselben ein Unglück zugestoßen ist, da kein besonderer Grund zu seiner heimlichen Entfernung vorliegt.

Kunst und Literatur.

Klein und Thomé, die Erde. Lieferung 32 bis 36.

Mit aufrichtiger Freude konstatiren wir heute das Erscheinen von weiteren 5 Lieferungen (32 bis 36) des von uns bereits früher anerkennend erwähnten Werkes: „Die Erde und ihr organisches Leben" von Klein und Thomé (Verlag von W. Spemann). Mit seltenem Geschick zeichnet in denselben der Verfasser die Fauna und die Flora der Wüsten- und Steppengebiete, der Hochplateaus und Thäler ganz Asiens. Mit Sibirien und dem Amurgebiet beginnend, führt er uns durch Armenien, Palästina, Arabien bis zu den Tropen Indiens. Eingestreute Spezialberichte von Gewährsleuten wie Griesebach, Vambéry, Moltke, Darwin u. A. würzen das Ganze. Die zahlreichen Illustrationen sind durchaus originell und charakteristisch, wie es von Künstlern wie Specht und Goering nicht anders zu erwarten war. Wir können daher dem schönen und bildenden Werke rückhaltslos ein günstiges Prognostikon stellen. [2]

Berlin. Im Wallner-Theater giebt es, wie wir schon mittheilten, in Kurzem wiederum eine L'Arronge'sche Novität. Das Stück betitelt sich „Der Compagnon" und ist ein Lustspiel; es ist im Sommer begonnen worden, nachdem „Haus Lonei" bereits im Mai vollendet war. Im Verlauf des Monats Februar oder spätestens Anfang März wird das Stück im Wallner-Theater gegeben und dann mit Windesschnelle über die Bühnen der Provinzialtheater eilen.

Vermischtes.

— Aus Mitleid — zur Liebe. — (Kein Roman). — Das „Kl. Journal" erzählt: Eine größere, den besseren Ständen angehörende Privatgesellschaft feierte vor einiger Zeit im P.'schen Restaurant in der Alexanderstraße zu Berlin ihr Stiftungsfest durch einen Ball. Unter den geladenen Gästen befand sich auch ein junger Beamter des Kriegsministeriums, Sekretair N.....y, ein Mann von tüchtigem Charakter und vornehmer liebenswürdiger Persönlichkeit. Der noch unverheirathete Herr amüsirte sich prächtig in der von einem reizenden Damenflor verschönten Gesellschaft. Ganz besonders fiel ihm eine junge Dame im einfachen Seidenkleide auf. Aus der blüthenweißen Halskrause ragte ein stolz getragenes Haupt mit so edlen klassischen Gesichtszügen hervor, daß der junge Mann sein Interesse lebhaft angeregt fühlte, wozu auch nicht wenig die großen, schwermüthig blickenden Augen der Dame beitrugen. Nur einen Umstand vermochte er sich nicht zu erklären, das junge Mädchen tanzte ausschließlich nur mit Damen, und so oft auch sein Auge mit Entzücken an ihrer dahinschwebenden graziösen Gestalt hing, nie sah er, daß ein Herr sie engagirt hatte. Und doch sah er, daß sie von Allen gekannt und mit hoher Auszeichnung behandelt wurde. Das junge Mädchen bemerkte bald das ihr gewidmete Interesse und zog sich mit traurigem Gesicht in eine Ecke zurück, eine Wahrnehmung, die den jungen Mann mit Unruhe erfüllte. Er wandte sich an den Freund, der ihn hier eingeführt hatte, um diesen zu bitten, ihm Auskunft über das Mädchen zu ertheilen, eventuell ihm der Dame vorzustellen. Der Freund gab die Auskunft, konnte aber nicht vollenden, denn als er eben dabei war, zu sagen, daß sie einer vor Jahren nach hier übergesiedelten sehr guten englischen Familie angehöre und in ihrer Jugend das Unglück gehabt habe, durch einen Eisenbahnunfall den — — Vater zu verlieren, — ergänzte in Gedanken der Fragesteller — wurde er abgerufen. Mitleid und erhöhtes Interesse bewogen jetzt den Beamten, die Vorstellung nicht abzuwarten, sondern er schritt auf das Mädchen zu — welches mit sichtbarer Bestürzung sein Nahen bemerkte — um sich den nächsten Tanz zu erbitten. Die Bestürzung, gepaart mit Indignation, übertrug sich jetzt auf ihn, denn das Mädchen senkte ablehnend den Kopf und dankte. Ueber die unerwartete Ablehnung verletzt, wendete N. sich zum Gehen und setzte sich verstimmt ebenfalls in einen Winkel, wo er später zu seinem Erstaunen bemerkte, daß das Mädchen, welches ihm so unmotivirt einen Korb ertheilte, ihn unabläßig mit flehenden, gleichsam Verzeihung heischenden Blicken verfolgte. Von dem Freunde nach dem Grund seiner Verstimmung gefragt, theilte er diesem das Stattgehabte mit, wobei ihm die bittere Bemerkung entschlüpfte, daß er das Benehmen der jungen Dame für sehr „unqualifizirbar" halte. Er hatte in seinem Eifer nicht bemerkt, daß die Geschmähte dicht hinter ihm stand und sah jetzt das junge Mädchen tödtlich erbleichen und, mit aufsteigenden Thränen kämpfend, den Salon verlassen. Ein tiefes Mitgefühl ergriff ihn aber, als der sehr ernst werdende Freund ihm jetzt erklärte, daß die Bedauernswerthe ihm wohl nur eine Enttäuschung ersparen wollte, denn sie habe bei dem Eisenbahnunfall nicht den Vater — wie er vermuthete — sondern — den rechten Arm verloren. Ohne sich zu besinnen, suchte N. jetzt das unglückliche Mädchen auf, stellte sich vor und machte durch achtungsvolle, von wahrhaftem Mitgefühl durchwehte Worte seinen Fehler gut. Die fernere Unterhaltung zeigte ihm einen so großen Schatz von Geist und Charakter, daß er um nähere Bekanntschaft bat, die jetzt bereitwilligst gewährt wurde. Am Sonnabend hat das junge Paar an die Bekannten und Mitglieder des Vereins die Verlobungskarten versendet.

— „Er erwartet Trinquet", ist die neueste geflügelte Redensart in Paris, welche „Wo ist Lambert!" und ähnlichen Worten als jüngste Mode gefolgt ist. Vor ungefähr 14 Tagen antwortete ein traurig dreinblickender Arbeiter auf die Frage, was die Ursache seines Kummers sei, mit hohler Grabesstimme: „Ich erwarte Trinquet." Das Wort zündete. Jede Traurigkeit wird seitdem auf dasselbe Motiv zurückgeführt. Ist Jemand ein Bischen weniger vergnügt als gewöhnlich, so heißt es: „Il attend Trinquet!" — Der erwartet Trinquet! — Selbst ein Kalauer wurde darauf schon verbrochen: Ein junger Handwerker, welcher etwas zu tief in die Flasche geguckt hatte, kam in die Werkstatt schlaff und schläfrig. „Aha", sagte Einer, „il a tant trinqué!" (Er hat zu viel getrunken!)

Telegraphische Depeschen.

Artern, 26. Januar. Bei der heute hier stattgehabten anderweiten Wahl von Landtags-Abgeordneten für den 6. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Merseburg wurden die seitherigen Abgeordneten, Landrath a. D. von Wedell auf Piesdorf (konservativ) und der Kreisrichter a. D. Amtsvorsteher Schmidt in Oberröblingen an der Helme (freikonservativ), jeder mit 181 Stimmen, wiedergewählt. Die Gegenkandidaten, Prediger Richter in Mariendorf und Rentier Moritz Liebe in Artern (beide nationalliberal) erhielten 166 resp. 165 Stimmen.

Paris, 26. Januar. Von London wird hier ein Telegramm verbreitet, wonach die Mächte gegenwärtig über die Bedingungen verhandeln sollen, unter denen eine Konferenz in Konstantinopel zusammentreten könnte. Es würde 1) verlangt absolute Geheimhaltung der Diskussionen, 2) solle Griechenland nicht zur Konferenz zugelassen werden, 3) solle die Türkei eine neue Grenzlinie aufstellen, 4) solle im Falle der Annahme einer Grenzlinie über deren Ausführung Beschluß gefaßt werden und 5) solle Griechenland davon verständigt werden, daß Europa, wenn Griechenland nicht die Beschlüsse der Konferenz annehme, keinerlei Verpflichtungen mehr gegen Griechenland haben würde.

Der gesammte Inhalt dieses Telegramms ist, wie in unterrichteten Kreisen versichert wird, gänzlich unbegründet. Thatsächlich ist nur, daß die Mächte, dem Wunsche der Pforte entsprechend, sich bereit erklärt haben, mit ihr in Konstantinopel in Verhandlungen einzutreten, welche Verhandlungen aber nicht in Form einer Konferenz, sondern von den einzelnen Botschaftern mit der Pforte geführt werden sollen.

London, 26. Januar. Die Sitzung des Unterhauses dauerte heute Vormittag $10^1/_2$ Uhr ununterbrochen fort. Die irischen Deputirten brachten immer neue Anträge auf Vertagung der Debatte ein; die Anträge wurden, einer nach dem anderen, von der Regierung bekämpft und vom Hause abgelehnt. Wann der parlamentarische Kampf enden wird, ist noch gar nicht abzusehen. Um zehn Uhr Vormittags trat Parnell, welcher eben von Dublin angekommen war, in's Haus und wurde von den irischen Deputirten mit stürmischen Hochs begrüßt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Premier Gladstone, daß die Regierung kein Kompromiß acceptiren könne. Ueber seinen Prioritätsantrag müsse entschieden werden, und nachdem dies geschehen sei, werde die Berathung der Bill Forster's morgen fortgesetzt werden. Schließlich wurde der Antrag Gladstone's mit 251 gegen 33 Stimmen angenommen. Die Annahme erfolgte um zwei Uhr, also nach einer Sitzung von zweiundzwanzig Stunden. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

London, 26. Januar. Einzelne Theile des Tower, welche sonst dem Publikum geöffnet waren, sind auf Anordnung des Kriegsministers geschlossen worden, aus Besorgniß vor fenischen Attentaten.

Petersburg, 26. Januar. Die „Agence Russe" erklärt die Nachricht, der englische Botschafter habe bei dem russischen Kabinet angefragt, bis wohin Rußland nach dem Kampfe gegen die Tekke-Turkmenen seine Grenzen in Centralasien auszudehnen gedenke, für falsch.

Prinz Tseretleff bleibt Generalkonsul in Rumelien und ist nicht zum Gesandten in Belgrad ernannt worden. Die Besprechungen mit der römischen Kurie sind noch nicht zu Ende geführt, sondern werden durch Mossoloff, der sich zu dem Ende gegenwärtig nach Rom begiebt, fortgeführt.

Washington, 26. Januar. Die Finanz-Kommission des Senates verhandelte gestern mit dem Staatssekretär Sherman. Letzterer sprach sich dafür aus, daß die fundirten Bonds in 5 Jahren amortisirbar und spätestens binnen 20 Jahren rückzahlbar seien, bis dahin aber mit $3^1/_2$ Prozent oder darunter — je nach dem Ermessen des Schatzamtssekretärs — verzinst werden sollten.